

Patrick Tempel (schulpolitischer Sprecher) zu 2020/AN/1241 Einführung sog. Elternhaltestellen an allen Rostocker Grundschulen
Bürgerschaftssitzung 21.10.2020

Sehr geehrte Präsidentin,
sehr geehrte Kollegen der Bürgerschaft,

dieser vorliegende Antrag ist auf dem besten demokratischen Weg entstanden. Eltern und Anwohner in meinem Ortsteil Brinckmansdorf, sprachen ein direkt vor Ort herrschendes Problem in unserer Ortsbeiratssitzung an und heute stimmt die Bürgerschaft hoffentlich positiv über die Prüfung sogenannter Elternhaltestellen ab.

Durch die Schaffung naheliegender Ein- und Ausstiegspunkte nach dem Hop-On-Hop-Off-Prinzip, sog. Elternhaltestellen, wollen wir den teilweise chaotischen Zuständen vor Grundschulen entgegenwirken und eine direkte Entlastung, auch für die anliegenden Wohngebiete und ihre Anwohner, erreichen. Begleitet werden soll diese Maßnahme auch durch ein regelmäßiges Schulwegetraining sowie eine verbesserte schulische Verkehrs- und Mobilitätserziehung. Wir wollen explizit einen breit angelegten Dialog zwischen allen Beteiligten: Eltern, Schülern, Lehrern, Verwaltung und Anwohnern.

Es handelt sich hierbei nicht um Parkplätze, die zum dauerhaften Parken einladen sollen und auch nicht um Taxiähnliche Konstrukte, die einen vermehrten Autoverkehr zur Folge haben. Das erklärte Ziel ist eindeutig der Schritt zurück zum Schulweg zu Fuß, per Fahrrad oder ÖPNV.

Jetzt höre ich die Grünen in ihrem Statement gleich nach mir sagen: wir schaffen neue Strukturen, die den PKW-Verkehr befördern. Ganz im Gegenteil. Wir erkennen an, dass es Eltern und Schüler gibt, die aus unterschiedlichsten Gründen, die uns alle gar nichts angehen, auf das Auto angewiesen sind. Und weil wir diesen PKW-Verkehr im direkten Umfeld der Schulen, zur Sicherheit der Kinder und zur verkehrlichen Entlastung der Anwohner, entzerren und reduzieren wollen, liegt unser Antrag vor.

Wir erkennen an, dass wir aus der Fraktion der Grünen heute keine Unterstützung zu erwarten haben, weil man Anträge, Beschlussvorlagen und Ideen, die PKW beinhalten grundsätzlich ablehnt. Auch wenn Herr Flachsmeyer in der Presse bekannt gibt, dass man keinen Kampf gegen PKW und ihre Fahrer führt. Bezugnehmend auf die Stellungnahme der Verwaltung, haben wir per Änderungsantrag den Prüfungszeitraum auf April verlängert und auch dem Änderungsantrag der Linken, die KITAs mit aufnehmen wollen, stimmen wir zu.